

FDP zur Integration von Flüchtlingen: Praktika für Flüchtlinge in Krefelder Unternehmen ermöglichen!

Die FDP-Stadtratsfraktion befürwortet Praktika für Flüchtlinge in Krefelder Unternehmen und Betrieben als ein Beitrag zu deren Integration. In Hamburg ruft die Initiative „Unternehmerschaft ohne Grenzen“ ansässige Unternehmer auf, freie Praktikplätze für Flüchtlinge zu melden. Die Initiative setzt sich dafür ein, Kriegs- und Krisengebetsflüchtlingen Praktika in ihren Mitgliedsunternehmen anzubieten, um ihnen so neue Perspektiven zu geben und sie besser in den Alltag zu integrieren.

„Die FDP-Fraktion begrüßt diese Initiative ausdrücklich und betrachtet sie als ein mögliches Vorbild für Krefeld. Das Hamburger Modell könnte dafür sorgen, dass auch hiesige Unternehmen in der wichtigsten integrationspolitischen Frage der nächsten Jahre mehr gesellschaftliche Verantwortung übernehmen. Schon lange setzen sich Liberale auf allen Ebenen dafür ein, das faktisch noch immer bestehende Arbeitsverbot für Flüchtlinge abzuschaffen. Schließlich ist der Schritt in einen Job für viele Flüchtlinge oft der erste und wichtigste Schritt auf dem Weg in ein neues und unabhängiges Leben. Wir hoffen deshalb, dass Krefelder Unternehmen dem Hamburger Vorbild folgen und so demonstrieren, dass Krefeld eine welt-offene und tolerante Stadt ist, in der wir allen leistungsbereiten Menschen faire und gerechte Zukunftschancen ermöglichen wollen – unabhängig davon, wo sie herkommen. Denn uns Liberale interessiert nicht wo ein Mensch herkommt, sondern wohin er möchte“, erläutert Ratsherr und Mitglied des Integrationsrates, Florian Philipp Ott, seinen Vorschlag.

Die FDP-Fraktion wünscht von der Verwaltung zur Sitzung des Integrationsrates am 16. Dezember einen Bericht, ob ähnliche Initiativen auch in Krefeld bestehen und was man aus Sicht der Verwaltung politisch tun könnte, um derartige Angebote zu schaffen. Nachgedacht werden sollte aus Sicht der FDP beispielsweise auch darüber, ob die Stadt nicht selbst in ihrer Verwaltung oder in Unternehmen mit städtischer Beteiligung derartige Praktikumsmöglichkeiten anbieten kann. Weiterhin fragen die Liberalen danach, ob es bereits Alternativen zu diesem Angebot gibt und ob etwas dagegen spricht, solche Praktika anzubieten.